

Ringgen um das liebe Geld

HFA segnet Haushaltsplan ab

Wenn es nach dem Haupt- und Finanzausschuss geht, wird der Haushaltsplan der Stadt Königstein für das Jahr 2013 in der Parlamentssitzung diesen Donnerstag wohl eine Mehrheit finden.

■ Von Alexander Schneider

Königstein. Die Weichen sind gestellt, der Haushaltsplan der Stadt Königstein ist auf der Zielgeraden. Der Haupt- und Finanzausschuss (HFA) hat dem Zahlenwerk eine knappe Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen gegeben, die sich in diesem Proporz wohl auch in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag abbilden dürfte. CDU, SPD und FDP hatten dem Etat ihren Segen gegeben, ALK und Grüne ließen ihn jedoch durchfallen.

Der HFA hatte sich bei seinem jüngsten Treffen mit den von den Fraktionen in der vorausgegangenen Sitzung vorgelegten Anträgen befasst, von denen die meisten aber abgelehnt wurden. **So scheiterte die ALK erwartungsgemäß mit ihrem Versuch, in Sachen Sportplatzverlegung in Schneidhain das Ruder komplett herumzureißen und von den Umsiedlungsplänen Abstand zu nehmen.** Auch der Antrag der Unabhängigen, von einer Erhöhung der Friedhofsgebühren abzusehen, fand keine Mehrheit.

Allerdings: Der von der ALK beantragte Sperrvermerk für die Mensa der Bilingualen Schule im Untergeschoss des HdB (300 000 Euro) und das Sicherheitskonzept für die Burg (50 000 Euro) fanden ebenso eine Mehrheit wie die 20 000 Euro-Aufstockung des Ansatzes für den neuen Rathaus-Server. Auch 10 000 Euro für ein Radwegkonzept zu bewilligen, fand das Placet der HFA-Mehrheit.

Kosten halbiert

Der Antrag der CDU, keinen jährlichen Parlamentarischen Abend für 12 500 Euro mehr zu veranstalten, wurde abgelehnt. Stattdessen hatte sich Parlamentschef Robert Rohr (ALK) mit seinem Kompromissantrag, das Fest zu feiern, dafür aber nur 6 000 Euro auszugeben, durchsetzen können. Abgelehnt wurde auch der CDU-Antrag, den Ausbau des Spielplatzes am Luxemburgi-

schen Schloss bis zum Vorliegen eines Alternativkonzeptes mit Mini-golf- und Beachvolleyballanlagen auszusetzen. Zustimmung erhielt die Union für ihre Anträge, von Vereinen für Zuschüsse über 1000 Euro einen Verwendungsnachweis zu verlangen, und den Kuckucksweg bereits 2013 und nicht erst 2014 auszubauen.

Die Grünen konnten nur für zwei von acht Anträgen mehrheitliche Zustimmung erreichen: den Ankauf von Genossenschaftsanteilen beim sozialen Wohnungsbau und der Verzicht auf einen versenkbaren Altglascontainer. Abgelehnt wurden unter anderem die Pläne, die Toilettenanlage am Stadtplatz trotz des Provisoriums durch den Umtausch des ganzen Moduls um eine Behindertentoilette zu erweitern. Ebenfalls keine Zustimmung fanden die Anträge, für die Feuerwehr zu Werbezwecken einen öffentlich zugänglichen Bücherschrank mit Feuerwehliteratur aufzustellen, und für Rollstuhlfahrer ein elektrisches Zuggerät anzuschaffen.

Belange der Feuerwehr

Auch die SPD konnte nur zwei ihrer Anträge durchbringen. So soll eine Arbeitsgruppe aus Mandatsträgern gebildet werden, die sich mit den Belangen der Feuerwehr befasst. Außerdem soll ein Konzept erstellt werden mit dem Ziel, den oberen Teil des Kernstadtfriedhofs für Ältere und Gehbehinderte leichter zugänglich zu machen.

Abgelehnt wurden die Anträge, für 340 000 Euro drei U3-Gruppen solange im HdB und im Kurbad unterzubringen, bis der Kindergarten Eppsteiner Straße fertig ist, die Umzugspläne für den Bauhof ins Gebiet Kaltenborn aufzugeben und das Grundstück zu verkaufen sowie die Kur-, die Grundstücks- und die HdB-GmbH wegen der großen Schnittmengen zusammenzulegen und nur noch einem Geschäftsführer zu unterstellen.

Die FDP, die zunächst auf eigene Anträge hatte verzichten wollen, brachte nun doch noch einen ein. Sie wollte den Hebesatz für die Grundsteuer B bei 340 Prozentpunkten belassen. Der Antrag fand die Zustimmung des Ausschusses und dürfte demzufolge auch die Hürde des Parlaments nehmen.